

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr In Dresden und Orten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Neff & Reichelt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Verantwortlich: Nachrichten Dresden. Druckerei-Verlagnummer 25 241. Nur für Nachdruck: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Die Entscheidung über die Deutschen Werke.

Die Note der Vorkonferenz. Billigung der Verfahrungsmaßnahmen. — Ängere Ärkten. (Eigene Information der „Dresdner Nachrichten“)

1. Das Projekt des Konsortiums in allen Einzelheiten zu prüfen; 2. alle notwendigen Voruntersuchungen anzustellen, damit das Zentralkonsortium und dessen Tochtergesellschaften organisiert werden können.

Berfleckte Drohungen an die deutsche Delegation.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“) Paris, 11. Jan. Eine Meldung des Sonderberichterstatters des „Journal“ in Cannes zufolge hätten die Alliierten bereits die Antwort in Vorbereitung, die den deutschen Delegierten erteilt werden soll.

Englische Auffassung der deutschen Jahresleistungen 1922.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“) London, 11. Jan. Während die meisten Berichte die Festsetzung der Barzahlungen auf 720 Millionen als endgültig ansehen, erklärt der Korrespondent des „Daily Chronicle“, die Angelegenheit sei noch nicht erledigt.

Zuspitzung der ober-schlesischen Verhandlungen?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“) Berlin, 11. Jan. Nach einer Meldung des „Matin“ hat die Warschauer Regierung an die polnische Delegation in Oberschlesien die dringliche Bitte gegeben, auf alle Fälle das Liquidationsrecht der deutschen Unternehmungen für Polen in Anspruch zu nehmen.

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses.

(Eigene Information der „Dresdner Nachrichten“) Berlin, 11. Jan. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, haben Dr. Stresemann, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, und Dr. Wirth sich bereits vor der Einbringung der dem internationalen Antervention über den Zusammentritt des Auswärtigen Amtes in der letzten Sitzung des Stenographenausschusses dahin geäußert, daß der Auswärtige Ausschuss am kommenden Mittwoch zusammentreten und auch über Cannes sich unterhalten sollte.

Griffith Präsident des Ironparlaments.

Dublin, 11. Jan. In der heutigen Sitzung des Dail Eireann wurde Griffith zum Präsidenten des Dail Eireann mit allen gegen eine Stimme gewählt. (S. 2, B.)

Zum Fall „Rempe-Schmitt“.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamten, E. S. (Beamtengewerkschaft) bittet um Aufnahme der folgenden Entgegnung: Der Landesverband Sachsen des D. V. B., der sächsische Staats-, Gemeinde- und Polizeibeamte, sowie die Vertreter des Freistaates Sachsen umfaßt, hat mit Befremden von der kürzlich veröffentlichten Entscheidung der Arbeitgemeinschaft wissenschaftlich vorgebildeter Beamten Sachsen (S. A. G.) zu dem Falle „Rempe-Schmitt“ Kenntnis genommen.

Manche der Bund Sächsischer Staatsbeamter würde, daß Dr. Rempe die Stellung eines Ministerialrats auch dann erhalten hätte, wenn er nicht der Sozialdemokratischen Partei angehört? Dies wird von gleichfalls unterrichteter Seite sehr bezweifelt, wie aus folgender Aufzählung hervorgeht: „Junit in dem Augenblick, wo der Landtag in die Ferien gegangen ist, ist die sächsische Regierung mit der Rückkehr von der offenbar schon seit längerer Zeit beschlossenen Ernennung des „Genossen“ Dr. Rempe zum Ministerialrat herausgerückt. Also genau dasselbe Mandat, wie im Falle Ruffel, wo man auch die Gunst des Augenblicks zu nutzen verstand. Durch die amtliche Verlautbarung wird aber, was der Sache die größte politische Bedeutung gibt, auch noch etwas anderes bekannt. Dr. Rempe ist, wenn auch zunächst nur als Ministerialrat, mit der Vertretung der I. Abteilung des Ministeriums des Innern betraut worden und damit Nachfolger des Ministerialdirektors Dr. Schmitt geworden. Wenn es nun auch auf dasselbe herauskommt, ob Dr. Rempe als Ministerialrat oder Ministerialdirektor die Vertretung der I. Abteilung des Ministeriums des Innern übertragen erhalten hat, so verdient doch allgemein Beachtung zu werden, daß man nach betrübtem Weisiger Mutter auch in diesem Falle verlust hat, gleich „ganz reinen Tisch“ zu machen. Aber dieses Mal hatte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Präsident der Oberrechnungsammer, Dr. Wähle, auf dessen Posten Ministerialdirektor Dr. Schmitt „altgedient“ werden sollte, läßt sich nicht so ohne weiteres abdrücken. Er befreit dem Gesamtministerium die Befugnis, ihn am wenigsten zu pensionieren, und hat in der Angelegenheit die Entscheidung der Gerichte anzufragen. So konnte bis jetzt die „Kalkulation“ des hohenrenten, wegen seiner aufrechten Haltung im Falle Ruffel auf Urlaub gestellten Ministerialdirektors Dr. Schmitt noch nicht erfolgen, und das Gesamtministerium mußte sich aus ethischen Gründen zunächst mit der Ernennung Dr. Rempes zum Ministerialrat begnügen.

Mit der Ernennung Dr. Rempes zum Leiter der I. Abteilung des Ministeriums des Innern hat — das wollen wir nicht verkennen — Herr Ripinski wieder einen großen Erfolg zu buchen. Auf dem Wege der „Demokratisierung der Verwaltung“, wie Herr Ripinski sie auffaßt, oder, um das kind beim rechten Namen zu nennen, der Politisierung der Beamtenschaft, geht es in Sachsen richtig weiter. Die mehrheitssozialistischen Minister haben richtig einmal daran nach Herrn Ripinski Pfeile getan, und Herr Ripinski hat die „Kalkulation“ des ihm wegen seiner Charakterfestigkeit im höchsten Grade unbedauerlichen Ministerialdirektors Dr. Schmitt leider durchgeleitet. Aus einem der wichtigsten Bedenken seines Ministeriums ist nun ein Herr, der ihm für die Verfolgung seiner Ziele ein jederzeit gefügiges Werkzeug sein wird. Ein Herr, der nicht wider den Stachel leiden darf und nach Lage der Verhältnisse mit seinem Minister durch die Hand und dann zu gehen verpflichtet ist. Dankt Herr Dr. Rempe doch seine Berufung in sein jetziges Amt, wie auch in sein früheres Amt lediglich dem Umstande, daß er Mitglied einer der sozialdemokratischen Parteien ist, die vermöge einer Stimme Mehrheit leicht in Sachsen regieren. Wie der frühere konservative, einflussreiche Bürgermeister von Rulau und — um das ja nicht zu vergessen — Hauptmann der Reserve lediglich auf Grund seiner sozialistischen Meinung vor anderthalb Jahren Amtshauptmann von Dresden-Neustadt geworden ist, so dankt dieser Beamte auch seine Berufung zum Nachfolger eines Ministerialdirektors Dr. Schmitt dem bewährten Blicklein, das ihn als Mitglied einer sozialdemokratischen Partei ausweist. Wäre er nicht im Besitze des Blickleins, so hätte kein Mensch daran gedacht, ihn schon nach anderthalbjähriger Tätigkeit als Amtshauptmann den auch für langjährige Amtshauptleute sehr ungewöhnlichen Sprung vom Amtshauptmann zum Leiter einer der wichtigsten Ministerialabteilungen machen zu lassen.

In dieser Ministerialabteilung werden — hier liegt der Schlüssel zu Referat, die lebhafteste Beunruhigung hervorgerufenen Ernennungen — unter vielen ebenfalls sehr wichtigen Dingen auch die Personalangelegenheiten aller Beamten des Ministeriums des Innern, des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums, sowie der von diesen Ministerien ressortierenden Behörden bearbeitet. Auf deren Bearbeitung hat in Herrn Dr. Rempe nun ein ausgeprobenes Partei-

Briand wirbt für den Garantievertrag.

Cannes, 11. Jan. Nach Schluß der Vormittagsitzung des Obersten Rates gab Briand den französischen Pressevertretern eine Erklärung ab, wobei er u. a. sagte: Was die Besorgnisse wegen seiner Besprechungen mit Lloyd George über den Garantievertrag angeht, daß nämlich Frankreich dieses Ziel mit Inanspruchnahme bezüglich seiner nationalen Verteidigung und der Wälder, die es nach dem Versailleser Vertrag am Rhein besitzt, werde bezahlen müssen, so könne er nur bemerken, daß bei seinen Besprechungen mit Lloyd George niemals davon die Rede war. Italien wisse sehr gut, daß Frankreich bereit sei, alle Abkommen zu schließen, die geeignet seien, die Bande zwischen den beiden Ländern enger zu knüpfen. Die Besorgnisse einiger Engländer wegen der Unterseeboote würden, falls das Abkommen zustande käme, zerknirscht werden. Wenn Frankreich und England Hand in Hand gingen, würden ihre beiderseitigen Admiralitäten in gemeinschaftlicher Uebereinkunft sich über die Verwendung ihrer beiderseitigen Seekreisläfte einigen können. Briand fügte hinzu, es sei verabredet worden, daß alle zwischen Frankreich und Großbritannien schwebenden Fragen zur Sprache gebracht würden, um ihnen womöglich eine beschleunigende Lösung zu geben. Er hoffe, daß man zu einer grundsätzlichen Einigung gelangen werde. Ob das jetzt oder später der Fall sein werde, könne er noch nicht sagen. (S. 2, B.)

Vor dem Abschluß des Vertrages.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“) Cannes, 11. Jan. Der Wortlaut des französischenglischen Zugversatzes soll in einer auf heute vormittag 10,30 Uhr festgesetzten Besprechung zwischen Briand und Lloyd George festgelegt werden. Französischerseits hofft man, daß das Dokument Donnerstag veröffentlicht werden könne. Das Abkommen wird sich auf die Zuspitzung gegen seitigen Schutzes im Falle eines deutschen Angriffs beschränken. Das Abkommen enthält keinerlei einzelne Bestimmungen für Frankreich, Frankreich und England sichern sich darin gegenseitig Schutz im Falle eines deutschen Angriffs an.

Die Organisierung des internationalen Finanzkonsortiums.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“) Cannes, 11. Jan. Der Oberste Rat nahm in seiner gestrigen Abend Sitzung um 6 1/2 Uhr das von Schiffschierin geleitete Telegramm zur Kenntnis. Auf den russischen Vorschlag, London zum Sitz der Wirtschaftskonferenz zu wählen, dürfte eine Antwort kaum erteilt werden. Der Oberste Rat dürfte eine Antwort kaum erteilt werden. Der Oberste Rat nahm jedoch von dem Stande der Arbeiten der von ihm eingesetzten Kommission für die Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz in Venna Kenntnis und sagte eine Entscheidung über die Errichtung des internationalen Konsortiums, das aus einer Finanzuntergesellschaft und Tochtergesellschaften in den einzelnen Ländern bestehen soll. Es ist bestimmt in Aussicht genommen, daß in allen englischen Dominions, darunter auch in Irland, solche Tochtergesellschaften errichtet werden sollen. Der Oberste Rat beschloß, daß ein Komitee aus zwei Engländern, zwei Franzosen, einem Italiener, einem Belgier und einem Japaner gebildet und mit den nötigen Vollmachten ausgestattet werden soll, um sich mit den Vertretern anderer Länder zu folgenden Zwecken zu vereinigen: